

FAMI-Ausbildung: Bayern und Schleswig-Holstein mit im Boot

10 Jahre Bundestagung der zuständigen Stellen für den Beruf
der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste

Karin Holste-Flinspach

Zur diesjährigen Jahrestagung, eingeladen vom Thüringer Landesverwaltungsamt nach Weimar, trafen sich Vertreter der für die FAMI-Ausbildung zuständigen Stellen aus allen Bundesländern, mit Ausnahme Bremens und des Saarlandes. Auch die 10. Tagung dieser Art vom 29.–30. April 2008 unter der bewährten Tagungsleitung von *Roswitha Hoge* (Bezirksregierung Köln) begann mit den Sachstandsberichten aus den Ländern.

Besonderes Interesse erfuhren dabei Bayern und Schleswig-Holstein, Länder, die noch über einen beamtenrechtlich geregelten Vorbereitungsdienst für die mittlere berufliche Ebene im Bibliothekswesen sowie im Archivbereich (Bayern) verfügen.

Im Freistaat, vertreten durch *Christa Schmeißer* (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayern) und *Klaus Dahm* (Bayerische Staatsbibliothek, Landesfachstelle Öffentliches Bibliothekswesen), wo seit längerem parallel zum mittleren Dienst eine FAMI-Ausbildung möglich ist und die Beschulung dieser Auszubildenden an einer Münchener Berufsschule erfolgt, haben neben Einrichtungen der Privatwirtschaft auch einzelne öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken sowie vereinzelt Archive mit der dualen Berufsausbildung begonnen. Die bisherige Zuständigkeit der örtlichen Industrie- und Handelskammern auch für die Fachangestelltenausbildung im öffentlichen Dienst soll daher für neu einzutragende Ausbildungsverhältnisse ab Herbst 2008 auf die oben genannten Einrichtungen übergehen.

Noch nicht entschieden ist ein endgültiges Auslaufen des mittleren Bibliotheksdienstes, auch ist die Anerkennung der FAMI-Abschlussprüfung als gleichwertig zur Laufbahnprüfung für den mittleren Dienst bislang nicht abzusehen.

Im hohen Norden, wo erst 2004 die Prüfungsordnung für den mittleren Dienst an öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken grundlegend überarbeitet wurde, zeichnet sich nach mehreren vergeblichen Versuchen in der Vergangenheit nun eine Umstellung der Ausbildung der schleswig-holsteinischen Landesinrichtungen auf die FAMI-Ausbildung ab, geplant ab 2010 mit voraussichtlicher Beschulung der Nachwuchskräfte in Hamburg bzw. Waren.

Die *Ausbildungszahlen* in den Ländern sind in der Mehrzahl weitgehend stabil geblieben, steigend bei der Bundesverwaltung bzw. bei Einrichtungen in Trägerschaft des Bundes, z.B. der Bundeswehr oder dem Amt für Straßenverkehrswesen

und Baden-Württemberg (hier seit 1997 eine 53% Steigerung der Ausbildungszahlen), etwas zurückgehend in Sachsen. Auswirkungen der geburtenschwachen Jahrgänge in den Folgejahren bleiben abzuwarten.

Grundsätzlich besteht überdies für junge Menschen mit besonderem Förderungsbedarf die Möglichkeit, an einer Einstiegsqualifizierungsmaßnahme teilzunehmen. Bisher liegen für dieses Berufsausbildungsvorbereitungsvorhaben im Bibliotheksbereich jedoch kaum Anfragen und lediglich zwei praktische Erfahrungen aus Baden-Württemberg vor. In Brandenburg wird zudem die Fachkräfteausbildung für Körper- und Mehrfachbehinderte nach § 66 BBiG weitergeführt.

Zur FAMI-Abschlussprüfung wurden Seiteneinsteiger geführt in Berlin und Hessen für die Fachrichtung Bibliothek, in Brandenburg für die Fachrichtung Archiv und in Sachsen-Anhalt ist ein Umschulungslehrgang für Landesbedienstete geplant.

Der nächste Tagesordnungspunkt befasste sich mit *Fortbildungsmöglichkeiten* für FAMIs, sowohl mit angedachten (HTTW Leipzig) bzw. bestehenden Fernstudienangeboten (FHS Potsdam) als auch mit der *Fachwirtfortbildung*. Neben einem Bericht über die in Hessen zwischenzeitlich verabschiedete Prüfungsordnung und das Curriculum für den Vorbereitungslehrgang wurde über die Entwicklungen beim Bund informiert, wo voraussichtlich zum Jahresende die Prüfungsordnung zur Verabschiedung ansteht. Im Gegensatz zum „hessischen Modell“ zeichnet sich hier für die Bundesbediensteten eher eine für Außenstehende geschlossene Fortbildungsmaßnahme mit Kostenübernahme und Freistellung durch die Arbeitgeber, die als entsendende Stellen auch die Vorauswahl treffen, ab.

Auch in Niedersachsen wird die Einführung einer Fachwirtfortbildung weiter verfolgt und soll im Herbst d.J. zur Beschlussfassung in die Entscheidungsgremien des Landes eingebracht werden.

Gesprächsbedarf lieferten ferner Probleme in der Ausbildungsberatung, z.B. bei anstehenden Auflösungsverträgen, bei dem teilweise befürchteten Einsatz nebenamtlicher Ausbildungsberater, die oftmals die Qualitätssicherung nicht in dem Maße sicherstellen können wie hauptamtlich Beschäftigte, oder bei der Erstellung von Ausbildungsplänen.¹

Verstärkt zeigen Auszubildende Interesse an *Auslandspraktika*, darüber hinaus bestünde grundsätzlich auch die Möglichkeit, einzelne Elemente der Ausbildung im Ausland zu absolvieren und dies in den Europass eintragen zu lassen. Finanzielle Fördermöglichkeiten für Praktika sind zwischenzeitlich zahlreich vorhanden, exemplarisch soll nur auf das LEONARDO-Programm verwiesen werden.

Ehemalige Auszubildende mit exzellentem Berufsabschluss können zudem Fördermittel der beruflichen Begabtenförderung abrufen, zwar besteht hierauf kein

1 Empfohlen wurde hierzu: Leitfaden FaMI-Ausbildung / Claudia Hartmann; Sandra Schütte; Wiltraut Zick. Bad Honnef 2007. ISBN 978-3-88347-252-2

Rechtsanspruch, aber zumeist werden nicht alle verfügbaren Mittel verbraucht. Ausgezahlt werden können die Gelder z.B. für Sprachkurse, Web-Design-Fortbildung, Fachwirt- oder Fernweiterbildung in Potsdam.

Bei dem bis 31. Juli 2008 ausgesetzten Erfordernis der Ausbildereignungsprüfung zeichnet sich nach wohl einjähriger Verlängerung 2009 eine Wiedereinführung ab. Unter den Anwesenden bestand hier Einigkeit in Bezug auf die Nützlichkeit dieser Lehrgänge, auch da keinesfalls der Nachweis von arbeitspädagogischen Kenntnissen ausgesetzt wurde, sondern lediglich das Erfordernis einer Lehrgangsteilnahme mit Prüfung.

Zur in der Ausbildungsordnung vorgeschriebenen Vermittlung von Kenntnissen der nicht gewählten Fachrichtung sind *Praktika* zwar nicht vorgeschrieben, aber nach Meinung der Anwesenden zur Vermittlung der im Ausbildungsrahmenplan vorgeschriebenen Kenntnisse und Fertigkeiten unumgänglich. Durchgeführt werden sollten sie möglichst nicht gleich zu Ausbildungsbeginn, jedoch vor der Zwischenprüfung und unter Berücksichtigung der Neigungen der Auszubildenden. Eine Abdeckung aller fünf Fachrichtungen ist allerdings oft nicht zu erreichen und insbesondere bei der Medizinischen Dokumentation schwer realisierbar.

Die *Berufsperspektiven* der Fachangestellten nach der Ausbildung sehen regional unterschiedlich aus, auch fehlen zumeist Verbleibstudien. Generell kann jedoch festgestellt werden, dass in vielen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes zwischenzeitlich die Personaldecke durch Einsparungsvorgaben so ausgedünnt ist, dass frei werdende Stellen wieder besetzt werden müssen. Weiterbeschäftigungspotentiale außerhalb der klassischen Tätigkeitsfelder sind darüber hinaus noch lange nicht ausgereizt, hier mangelt es nach wie vor an ausreichendem Bekanntheitsgrad des Berufes.

Gute Arbeitsmarktchancen im öffentlichen Dienst melden derzeit Bayern mit deutlich mehr freien Stellen als fertig ausgebildetem Nachwuchs sowie Berlin (wo seit 2000 diesbezügliche Statistiken erstellt werden), wo vor allem in Folge der zahlreichen in die Hauptstadt umgesiedelten Bundesbehörden deutlicher Personalbedarf besteht. In Baden-Württemberg hingegen gibt es eher eine Schieflage, 2007 erhielten von den Absolventen nur noch 1/3 unbefristete Stellen und 21% (vorerst) keine Weiterbeschäftigungsmöglichkeit.

Fazit: Wiederum ein äußerst informatives Jahrestreffen, hervorragend betreut durch *Sabine Krumrey* und *Eva-Maria Römer* vom Thüringer Landesverwaltungsamt, das ungeachtet des engen Zeitfensters bei herrlichem Frühlingswetter noch etwas Raum für ein kulturelles Rahmenprogramm mit Besuch des Rokosaals der Anna Amalia Bibliothek ließ. Die nächste Tagung wird im Frühjahr 2009 in Karlsruhe stattfinden.

Internetauftritte der zuständigen Stellen

Baden-Württemberg: www.rp-baden-wuerttemberg.de

Bayern: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayern www.gda.bayern.de

Bayerische Staatsbibliothek Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen
www.lfs.bsb-muenchen.de

Berlin: www.vak.de

Brandenburg: Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken
www.landeshauptarchiv-brandenburg.de

Bremen: Senator der Finanzen www.finanzen.bremen.de

Bund: Bundesverwaltungsamt Köln www.bva.bund.de

Hamburg: www.fhh.hamburg.de

Hessen: www.rp-giessen.de

Mecklenburg-Vorpommern: Universitätsbibliothek Rostock
www.uni-rostock.ub.de

Fachhochschule Öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Güstrow
www.fh.guestrow.de

Niedersachsen: Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek www.gwlb.de

Nordrhein-Westfalen: Bezirksregierung Köln www.bezreg-koeln.nrw.de

Rheinland-Pfalz: Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier www.add.rlp.de

Saarland: www.saarland.ihk.de

Sachsen: Regierungspräsidium Leipzig www.rpl.sachsen.de

Sachsen-Anhalt: Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt
Blankenburg www.ali-lsa.de

Thüringen: Landesverwaltungsamt www.thueringen.de/tlvwa/aufgaben/ausbildung/zust_stelle